

Sehr geehrter Herr H..., sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihren Brief an die KandidatInnen der Bundestagswahl 2005 vom 9. September 2005 danke ich Ihnen. Zu Ihren dort aufgestellten Forderungen möchte ich wie folgt Stellung beziehen:

1. Alle Kinder und Jugendliche, die in Deutschland zur Schule oder in den Kindergarten gehen, die hier leben, hierher geflohen oder hier geboren sind, sollen weiterhin das Recht erhalten, mit ihren Eltern und Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland zu leben (...)

Nach Ansicht von Bündnis 90 / Die Grünen schützt Art. 6 des Grundgesetzes nicht nur deutsche, sondern auch nichtdeutsche Familien. Die Erfahrung zeigt: Integration in unsere Gesellschaft fällt leichter, wenn eine Familie beisammen ist. In das Zusammenleben von nichtdeutschen Familien wird nun aber durch Abschiebungen und Ausweisungen immer wieder eingegriffen. Bündnis 90 / Die Grünen vertreten hierzu folgende Position:

- In Deutschland geborene nichtdeutsche Kinder dürfen - wenn sie straffällig geworden sind - ebenso wenig abgeschoben werden wie deutsche. Denn sie sind alles Kinder unserer Gesellschaft, für die wir die Verantwortung tragen. Wir müssen für straffällige Kinder und Jugendliche Lösungen in Deutschland finden.
- Die zunehmende Praxis der Innenbehörden, Familien bei Abschiebungen auseinander zu reißen, wird von Bündnis 90 / Die Grünen kritisiert. Insbesondere ist es nicht hinnehmbar, wenn z. B. während des Klinikaufenthalts eines Elternteils die restliche Familie abgeschoben wird, um den Druck auf den noch verbliebenen Elternteil, ebenfalls auszureisen, zu erhöhen.

(...) Ihre Eltern sollen arbeiten dürfen, um für ihre Kinder sorgen zu können (...)

Rot-Grün hat mit der sog. Ausländerbeschäftigungsverordnung die Fristen für den gleichrangigen Arbeitsmarktzugang allgemein um zwei Jahre gesenkt hat, wobei auch Duldungszeiten zu berücksichtigen sind. Die sog. Anwendungshinweise, die das BMI zum Zuwanderungsgesetz herausgegeben hat, führen u. a. zu Problemen beim Arbeitsmarktzugang für Geduldete. Bündnis 90 / Die Grünen haben dem BMI daher mehrfach Änderungen vorgeschlagen mit dem Ziel, den Arbeitsmarktzugang für Geduldete zu gewährleisten.

(...) Die Kinder sollen später einen Beruf lernen dürfen. Auch ihnen soll erlaubt sein zu arbeiten, zu reisen und weiterhin hier zu leben.

- Mit der rot-grünen Ausländerbeschäftigungsverordnung erhalten nichtdeutsche Jugendliche einen gleichrangigen Arbeitsmarktzugang, wenn sie einen Schulabschluss, eine Berufsausbildung oder einen eine Berufsvorbereitende Maßnahme abgeschlossen haben.
- Im Hinblick auf die besondere Situation von geduldeten Jugendlichen war Bündnis 90 / Die Grünen im Rahmen der Zuwanderungsgesetzverhandlungen zugesagt worden, dass sie über die Härtefallregelung der Ausländerbeschäftigungsverordnung Zugang zu Ausbildungsplätzen erhalten sollten. Die Erfahrung seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zeigt aber, dass das nicht funktioniert. Wir werden uns in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass eine entsprechende Klarstellung im Rahmen der Ausländerbeschäftigungsverordnung vorgenommen wird.
- Bündnis 90 / Die Grünen kritisieren, wenn z. B. geduldeten Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an - unstreitig integrationsfördernden - Klassenfahrten und Jugendfreizeiten untersagt wird.

2. Kranken, Alten und Hilfsbedürftigen sowie durch Krieg und andere Ereignisse geschädigten Menschen muss geholfen werden. Auch sie sollen

hier bleiben dürfen! Familien sollen gemeinsam hier leben dürfen.

Mit dem Zuwanderungsgesetz sind die Möglichkeiten zum Schutz von Flüchtlingen und Vertriebenen ohne Zweifel verbessert worden. Dennoch kommt es immer wieder vor, dass auch kranke und/oder traumatisierte Menschen abgeschoben werden sollen. In zahlreichen derartigen Einzelfällen haben Bündnis 90 / Die Grünen hierzu folgende Position vertreten:

- Die Beschränkung der ärztlichen Begutachtung der „Abschiebefähigkeit“ einer Person auf die reine Transportfähigkeit ist nicht hinnehmbar;
- Die Weiterbehandlung des Patienten am Zielort und der Zugang zum Gesundheitssystem müssen gewährleistet sein.

3. Der Bundestag und die Innenministerkonferenz sollen für die über 200 000 nur "geduldeten" Flüchtlinge endlich ein Recht auf Bleiberecht verabschieden (...)

Bündnis 90 / Die Grünen haben immer die Forderung einer sog. Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Menschen unterstützt. Wir hatten hierzu in den Zuwanderungsgesetzverhandlungen auch zwei Gesetzesvorschläge vorgelegt - leider ohne Erfolg. Daher findet sich im Wahlprogramm von Bündnis 90 / Die Grünen diese Forderung wieder.

(...) und sich für die vollständige Anerkennung der UNO Kinderrechte einsetzen.

Bündnis 90/Die Grünen haben sich stets für eine vorbehaltlose Umsetzung der UN-Kinderkonvention eingesetzt. Am 30. Juni 2005 hat der Deutsche Bundestag mit rot-grüner Mehrheit den Antrag „Kinderrechte in Deutschland stärken“ (BT-Drucksache 15/4724) angenommen, worin die Rücknahme des deutschen Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention gefordert wird. Auch in der kommenden Wahlperiode werden wir uns für dieses Anliegen - notfalls auch in Form erneuter Teillösungen - einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrike Höfken